

Exklusiv: Land sagt "NEIN" zum Missionshausprojekt - Bürgermeister weiß es seit Wochen - Peter Klär legt Schreiben nicht vor - Skandalöse Informationsunterdrückung

=====

(Pressemeldung 18.11.2024)

Das Missionshausprojekt St. Wendel steht »zum jetzigen Zeitpunkt im Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung und ist somit nicht realisierbar.« Das ist der Kernsatz eines offiziellen Schreibens der Obersten Baubehörde an die Planer der Stadt St. Wendel. Es ist Teil der offiziellen Anhörung der Träger öffentlicher Belange und hat einen zentralen Stellenwert bei der Genehmigung. Damit steht das umstrittene Millionenprojekt auf der Kippe. Das berichtet der Vorsitzende des Umweltverbands ProH2O, Dr. Armin König. Begründet werde die Rechtswidrigkeit damit, das St. Wendel 690 anrechenbare Baustellen für Neubauten in rechtskräftigen Bebauungsplänen und Reserveflächen habe. Der Stadt stünden aber bis 2039 nur 490 Baustellen zu. St. Wendel habe also null Bedarf - und sogar 200 Baustellen mehr. Das Vorhaben widerspreche damit den Zielen des Landesentwicklungsplan Siedlung und der Raumordnung. Mit dem Verfahren zur Streichung von Reserveflächen sei nicht einmal begonnen worden.

Der frühere Illinger Bürgermeister erhebt in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen den St. Wendeler Bürgermeister Peter Klär (CDU). »Das Schreiben der Obersten Baubehörde des Landes ist bereits sechs Wochen alt. Es datiert vom 7. Oktober 2024. In dieser Zeit haben zwei Bauausschusssitzungen und eine Stadtratssitzung stattgefunden. Ich selbst habe Akteneinsicht betragt, die auch bewilligt wurde. Obwohl das offizielle Antwortschreiben der OBB1 für die Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans von fundamentaler Bedeutung ist, ist es den Verfahrensbeteiligten nach meiner Kenntnis bis heute nicht zugänglich gemacht worden. Ich nenne das Informationsunterschlagung gegenüber dem Stadtrat, der Öffentlichkeit, den Trägern öffentlicher Belange und den Vertretern der Umwelt-Belange. Es gebe auch offenbar ein Antwortschreiben vom 4. November. Auch dies ist der Öffentlichkeit bisher nicht zur Kenntnis gebracht worden. Ich nenne das skandalös, rechtswidrig und unanständig.«

Armin König erklärte in einer Pressemitteilung, die Einwände der Bürgerinitiative, zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner und von ProH2O im Offenlageverfahren seien damit »voll und ganz bestätigt«. Die Stadtspitze in St. Wendel arbeite seit Beginn des heftig umstrittenen Millionenprojekts mit Tricks und Täuschungen. Davon profitierten die Steyler Missionare und eine Investorengesellschaft, an der der St. Ingberter Architekt Gerlando Giarrizzo und die Sparkasse St. Wendel beteiligt seien.

Dr. Armin König